

ULRICH BUSCH

Ostdeutschland: Wirtschaftspolitische Optionen für 2005 bis 2019

»Die Wirtschaft ist unser Schicksal!«
Walther Rathenau

Die Jahreswende 2004/2005 bedeutet für die neuen Bundesländer eine Zäsur: Die erste Etappe des *Aufbau Ost* (1990-2004), welche durch das »Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost« und den ersten »Solidarpakt« geprägt war, geht zu Ende und die zweite Etappe (2005-2019), welche durch den »Solidarpakt II« bestimmt wird, nimmt ihren Anfang. Damit aber nicht genug: Dieses Datum ist mehr als nur eine Wegmarke. Es steht zugleich auch für eine Richtungsänderung und Zielkorrektur der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ostdeutschland und damit für ein grundsätzlich *neues* Verständnis der deutschen Einheit.

Am deutlichsten brachte dies Bundespräsident Horst Köhler zum Ausdruck, indem er die bestehenden Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen Ost und West als normal charakterisierte, die Bemühungen zu ihrem Abbau aber als unerwünschte »Einebnung« kritisierte, welche den »Subventionsstaat« zementieren und die Staatsverschuldung vergrößern würde.¹ Im Klartext bedeutet dies die Kapitulation der Politik vor den aktuellen Herausforderungen der deutschen Einheit, die Aufkündigung der föderalen Solidarität sowie die Aufgabe Ostdeutschlands als Förder- und Entwicklungsgebiet von gesamt-nationalem Interesse.

Unzufriedenheit mit dem Aufbau Ost

War die Politik der Bundesregierung bisher, trotz zunehmend differenziert zu wertender Ergebnisse und nur mäßiger Erfolge, immer noch von dem Bemühen getragen gewesen, den Aufbau im Osten zugleich als einen Aufhol- und Konvergenzprozess gegenüber Westdeutschland zu gestalten, was ihm Ziel und Richtung gab, so ist davon inzwischen kaum noch die Rede. Sowohl in den letzten beiden *Jahresberichten zum Stand der Deutschen Einheit*² als auch in den bisher vorgelegten *Fortschrittsberichten* der Wirtschaftsforschungsinstitute kommt »Enttäuschung« über den unbefriedigenden Stand des Aufbaus in den neuen Ländern zum Ausdruck, ohne daraus jedoch die Notwendigkeit einer Intensivierung des *Aufbaus Ost* sowie Maßnahmen zu seiner Verstärkung und Beschleunigung abzuleiten³. So gibt es von seiten der Politik kaum neue Impulse zur wirtschaftlichen Belebung, kein großangelegtes Investitionsprogramm zur Schließung der nach wie vor beachtlichen Produktionslücke, keine zusätzlichen Finanzmittel – nichts also, was dem Osten wirklich hel-

Ulrich Busch – Jg. 1951, Doz. Dr. oec. habil., Bankkaufmann, Finanzwissenschaftler, Veröffentlichungen zur ökonomischen Theorie und Politik, zuletzt in UTOPIE kreativ: Geiz ist geil! Wieso auf einmal?, Heft 163 (Mai 2004).
Foto: privat

1 Der genaue Wortlaut der betreffenden Passage im Interview des Bundespräsidenten lautet: Es »gab und gibt nun einmal überall in der Republik große Unterschiede in den Lebensverhältnissen. Das geht von Nord nach Süd wie von West nach Ost. Wer sie einebnen will, zementiert den Subventionsstaat und legt der jungen Generation eine untragbare Schuldenlast auf.« (Focus, 13. 9. 2004, S. 23)

2 Vgl. Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Ein-

heit 2003, Berlin 2003, S. 21 und Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004, Berlin 2004, S. 7.

3 Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, Halle 2002, S. 3; Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, Halle 2003, S. 9.

4 Vgl. Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004, S. 20.

5 Vgl. Steffen Mau: Soziale Ungleichheit in der Europäischen Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 38/2004.

6 Vgl. Jahresbericht 2004, a. a. O., S. 11.

7 Udo Ludwig: Ostdeutsche Wirtschaft kommt schwer in Tritt, in: IWH: Wirtschaft im Wandel, 12/2004, S. 322.

8 Deutsche Bundesbank: Monatsbericht, 56. Jg. (2004) 9, S. 7*.

9 Angabe für NBI ohne Berlin (Quelle: IWH: Wirtschaft im Wandel, 6/2004, S. 174).

10 »Der Osten verdummt, verarmt und vergeist.« (Edgar Most in: Der Spiegel, Nr. 39, 20.9.2004, S. 68)

11 Wolfgang Thierse: Zukunft Ost. Perspektiven für Ostdeutschland in der Mitte Europas, Berlin 2001, S. 16.

fen würde, wirtschaftlich voranzukommen, sondern lediglich eine als »erneuertes Gesamtkonzept« ausgewiesene Fortschreibung der seit Jahren praktizierten Strategie. Dabei werden die »Ergebnisse und Erfolge der bisherigen Politik« zur »Grundlage für die Neujustierung der Struktur- und Förderpolitik in Ostdeutschland« erklärt⁴, was in bestimmtem Maße eine konzeptionelle *Wende* bedeutet, da man sich nunmehr am Erreichten als dem vermeintlich Erreichbaren orientiert und das wirtschaftliche Gefälle zwischen West und Ost als Normalität akzeptiert. Für die Lebensverhältnisse bedeutet dies, daß die noch bestehenden Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern faktisch zementiert werden, ihre Angleichung aber bis auf weiteres suspendiert ist. Damit droht in Deutschland ein Prozeß an Dynamik zu gewinnen, der auf europäischer Ebene mit großem Kraftaufwand verhindert werden soll, nämlich die »Auskristallisierung regionaler Unterschiede zu regionalen Ungleichheiten«⁵.

Der Abschied vom Aufholprozeß Ost läßt sich an verschiedenen Kriterien festmachen. Zuerst an den wirtschaftlichen Daten, am Zurückbleiben der neuen Länder beim Wirtschaftswachstum, bei der Arbeitsproduktivität, bei den Investitionen, beim Export, bei der Beschäftigung, bei der Lohnentwicklung, beim Konsum. Hier stagniert die Entwicklung seit Jahren bzw. sind nur minimale Fortschritte zu verzeichnen. Sodann am *Scheitern* des Konvergenzprozesses – anders läßt sich der nunmehr seit neun Jahren andauernde Stillstand beim Aufholprozeß Ost nicht mehr interpretieren. Die ökonomischen Daten sprechen eine eindeutige Sprache: So betrug das durchschnittliche Wachstumstempo des realen Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 1997 bis 2003 in den alten Ländern (ohne Berlin) 1,2 %, in den neuen Ländern aber nur 0,9 %. Die Schere schließt sich also nicht, sondern geht weiter auf. Angesichts dieser Zahlen erscheint es als geradezu grotesk, wenn die Bundesregierung aus der Tatsache, daß das Wachstum im Jahr 2003 im Osten um 0,3 % höher lag als im Westen (+0,2 % gegenüber -0,1 %) den gegenteiligen Schluß zieht, nämlich daß sich die Schere zwischen Ost und West allmählich schließen würde.⁶ Schon im ersten Halbjahr 2004 kippte das Wachstum im Osten wieder ins Minus: das heißt, Ostdeutschland konnte »mit der konjunkturellen Entwicklung im Westen nicht mithalten«⁷. Diesmal war der Unterschied aber viel größer: 1,5 % im ersten Quartal und 2,2 % im zweiten Quartal.⁸

Das BIP/Einwohner lag 2003 in den neuen Bundesländern bei 63,9 % des Westniveaus.⁹ Korrigiert man diese Größe um den vor allem migrationsbedingten Bevölkerungsrückgang der letzten Jahre (vgl. Tabelle 1), so rutscht der Wert sogar noch unter den Wert von 1996. Ähnlich verhält sich dies auch bei anderen makroökonomischen Indikatoren (vgl. Tabelle 2), was den Schluß erlaubt, daß seit Mitte der 90er Jahre auf wichtigen Gebieten zwischen Ost- und Westdeutschland faktisch *keine Konvergenz* mehr stattfindet. Vielmehr vergrößert und verfestigt sich der Abstand zwischen beiden Landesteilen. Dies betrifft die Wirtschaft ebenso wie die Kultur, die Forschung, die Bildung¹⁰, nicht zuletzt die Demographie – Bereiche also, wo eine Konvergenz »unabdingbar« ist und »für die Zukunft entscheidend«¹¹, sofern man an der Einheit Deutschlands, die *ohne* einheitliche Lebensverhältnisse keine wirkliche ist, festhält.

Tabelle 1:
Wanderung zwischen neuen und alten Bundesländern 1989-2002

Jahr	Fortzüge aus den NBL und Berlin-Ost	Zuzüge nach den NBL und Berlin Ost	Wanderungssaldo
1989	388.396	5.135	-383.261
1990	395.343	36.217	-359.126
1991	249.743	80.267	-169.476
1992	199.170	111.345	-87.825
1993	172.386	119.100	-53.286
1994	163.034	135.774	-27.260
1995	168.336	143.063	-25.273
1996	166.007	151.973	-14.034
1997	167.789	157.348	-10.441
1998	182.476	151.750	-30.728
1999	195.530	151.943	-43.587
2000	214.456	153.179	-61.277
2001*	192.004	94.281	-97.723
2002*	176.700	95.876	-80.824
2003	160.400	97.897	-62.503

* ohne Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt: Datenreport 2004, S. 53.

Trotz beachtlicher Fortschritte auf *einzelnen* Gebieten und vieler positiver Beispiele ist die Gesamtbilanz der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands seit 1990 unbefriedigend, seit einigen Jahren sogar negativ. Dabei ist jedoch eine zunehmende regionale Differenzierung und ungleichmäßige Entwicklung in einzelnen Bereichen zu berücksichtigen. Die »Lichtblicke« in einzelnen Branchen und Regionen reichen aber *bei weitem* nicht aus, um in den neuen Ländern insgesamt »einen Umschwung in der Wirtschaftslage und der zwischenzeitlich stark strapazierten Stimmungslage herbeizuführen«¹². Eher sind sie Ausdruck für eine nach wie vor »wirtschaftlich, regional und sozial völlig unausgewogene Mischung« gegensätzlicher Entwicklungstendenzen, was schon 1997 Anlaß zu der Frage war: Ostdeutschland, quo vadis – in Richtung High-Tech-Region oder in Richtung Mezzogiorno?¹³ Inzwischen sind sieben Jahre vergangen, ohne daß sich hier viel bewegt hätte. Da es sich bei dem wirtschaftlichen Zurückbleiben Ostdeutschlands aber weder um einen nebensächlichen Aspekt noch um einen bloß temporären Prozeß handelt, sondern um einen nun schon fast ein Jahrzehnt andauernden Trend, wird die von Wolfgang Thierse zur Jahreswende 2001 aufgeworfene Frage, ob es für die neuen Länder *überhaupt noch* »eine Angleichungsperspektive« gibt¹⁴, immer dringlicher. Bei ihrer Beantwortung kann jedoch immer weniger ausgeschlossen werden, daß die Weichen für Ostdeutschland derzeit bereits in Richtung einer dauerhaft rückständigen und transferabhängigen Region, eines deutschen Mezzogiorno, gestellt sind.

Das diesem Aufsatz vorangestellte Zitat von Walther Rathenau ist auch heute noch gültig. Denn, wenn es nicht gelingt, Ostdeutschland wirtschaftlich zu entwickeln und an das Niveau Westdeutschlands

12 Helmut Seitz: Thesenpapier zur Lage in Ostdeutschland und zur weiteren Vorgehensweise beim »Aufbau Ost«, Frankfurt/O. 2003, S. 1.

13 Jörg Roesler: Zwischen High-Tech und Mezzogiorno. Ostdeutschlands ungewisse Zukunft, in: UTOPIE kreativ, Heft 83 (September 1997), S. 34 ff. Der Autor konstatierte damals, daß die »Mezzogiornoversion« aus mikroökonomischer Perspektive in der ostdeutschen Unternehmenslandschaft strukturell bereits angelegt sei (S. 41). Dies hat sich heute, acht Jahre später, leider im großen und ganzen bestätigt.

14 Wolfgang Thierse, a. a. O., S. 16.

- heranzuführen, dann wird es auch nicht möglich sein, in Deutschland einheitliche bzw. gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Jetzt nicht und auch nicht in der Zukunft. Da hilft auch kein optimistischer Blick auf das Erreichte, wie ihn Bundespräsident Köhler von den Ostdeutschen fordert¹⁵, denn hier geht es nicht um Stimmungen und Gefühle, sondern um ökonomische Fakten. Die »ökonomische Wirklichkeit« aber, schreibt ifo-Chef Hans-Werner Sinn, ist mittlerweile »so weit von dem entfernt, was die verantwortlichen Politiker dem Volk in Aussicht gestellt hatten, daß man die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Landesteile als gescheitert ansehen kann«¹⁶. Trifft dies zu, so wäre damit auch die Angleichungsoption der neuen Länder in Frage gestellt, denn ohne wirtschaftliche Konvergenz kann es keine wirkliche Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse geben. Selbst wenn die Regierung verbal an diesem Ziel festhält, so wäre dieses doch in einem Staat, worin die Ostdeutschen kaum 18 % der Bevölkerung stellen, politisch kaum durchsetzbar und auf Dauer auch nicht finanzierbar. Die aktuelle Debatte um die Transferzahlungen zeigt dies sehr klar: »Der Osten steht still – und der Westen stürzt ab, weil er die Milliardentransfers längst aus der eigenen Substanz begleichen muß«, behauptete der *Spiegel*¹⁷ und löste damit eine neue Ost-West-Kontroverse aus. Argumentiert wird dabei mit einer Bruttogröße der Transfers in Höhe von 1 250 Mrd. €. Andere Autoren beziffern die Zahlungen sogar noch höher, auf 1 500 Mrd. €, was selbst für die Regierung zuviel ist und deshalb von Manfred Stolpe schlichtweg als »Unsinn« bezeichnet wurde.¹⁸
- Tatsächlich sind die »Sonderleistungen« für Ostdeutschland, und *nur diese* stehen hier zur Debatte, deutlich niedriger zu veranschlagen, laut IWH auf »nicht mehr als 15 Mrd. € im Jahr«¹⁹, insgesamt – seit 1991 – also auf 200 bis 250 Mrd. €. Das sind etwa 0,7 % des jährlichen BIP – wahrlich keine Größe, die wirtschaftlich ernstlich ins Gewicht fällt.
- Rechnet man alle Ausgaben des Bundes, der Länder und der Sozialversicherungen in Ostdeutschland, die dort nicht selbst erwirtschaftet werden, deren Zahlung aber gesetzlich geregelt ist und die deshalb unabhängig von der ökonomischen Leistungskraft erfolgt, zu den Transferleistungen, so erhöht sich deren Umfang auf ca. 80 Mrd. € pro Jahr bzw. rund 1 Billion € für den Zeitraum von 1991 bis 2004. Dies entspricht etwa 4 % des westdeutschen BIP, was beachtlich ist, aber bei weitem noch »keine Größenordnung« darstellt, »die Westdeutschland wirtschaftlich herunterzieht«²⁰. Für eine ökonomische Würdigung der West-Ost-Transfers ist es zudem unverzichtbar, dem finanziellen Aufwand die Vorteile, welche damit für die westdeutsche Wirtschaft verbunden sind, gegen zu rechnen. Diese bestehen in einem zusätzlichen Produktionsvolumen von rund 100 Mrd. € pro Jahr, mindestens einer Million zusätzlicher Arbeitsplätze, entsprechend höheren Steuer- und Beitragseinnahmen u.a.m. Am meisten wiegt jedoch der »Zuzug gut ausgebildeter Arbeitskräfte aus dem Osten«²¹, dessen Wert als *Humankapital* den Umfang der Transferleistungen bei weitem übersteigen dürfte. Derartige Überlegungen werden jedoch im Westen nicht gerne gehört, da sie die o. g. Argumentation ad absurdum führen würden.²² Diese aber braucht man, um von den wahren Ursachen der Wirtschaftsmisere in Deutschland
- 15 Handelsblatt, 30. 9. 2004.
- 16 Hans-Werner Sinn: Ist Deutschland noch zu retten?, Düsseldorf 2003, S. 221.
- 17 Stefan Berg et al.: Tabuzone Ost, in: Der Spiegel, 15/2004, S. 25.
- 18 Berliner Zeitung, 20. September 2004.
- 19 Joachim Ragnitz: Transferleistungen für die neuen Länder – eine Begriffsbestimmung, in: IWH-Pressemitteilung 27/2004, S. 3.
- 20 Rüdiger Pohl: Die Wachstumsschwäche in Deutschland – ist der Osten schuld? – ein Kommentar, in: IWH-Pressemitteilung 15/2004, S. 2.
- 21 Ebenda.
- 22 Vgl. Ulrich Busch: Abstieg West durch Aufbau Ost?, in: Prokla 135, 34 (2004) 2, S. 321-329.

abzulenken. Und die liegen weder in Ostdeutschland noch in den Folgen der Wiedervereinigung. Deshalb wurde die abenteuerliche Aufrechnung der Transferzahlungen im *Spiegel* einige Monate später, ohne auch nur mit einem Wort auf die Gegenargumente einzugehen, noch einmal wiederholt, ebenso die unsinnige Behauptung, die Schaffung annähernd gleicher Lebensverhältnisse innerhalb der Landesgrenzen Deutschlands zehre bereits heute »von der Substanz«²³.

Dies zeigt vor allem eins: Die Zeit der Vereinigungseuphorie und -solidarität ist endgültig vorbei; der *Aufbau Ost* ist im wesentlichen abgeschlossen. Was jetzt noch folgt, sind Auslaufprogramme und Nachbesserungen im Rahmen der allgemeinen regionalen Wirtschaftsförderung und Reformpolitik – mehr nicht.

Aufbau Ost als »passive Sanierung«

Mit der 2001 getroffenen Entscheidung über den Solidarpaket II und das integrierte Konzept für den *Aufbau Ost* wurde ein Kompromiß gefunden, um den sofortigen wirtschaftlichen und sozialen Absturz der neuen Länder zu verhindern, ein selbsttragender Aufschwung aber wird mit diesem Konzept – soviel ist bereits heute erkennbar – nicht erreicht werden. Eher nimmt das Ganze allmählich Formen einer »passiven Sanierung« an.

Inzwischen gibt es bereits ernst zu nehmende Versuche, selbst dieses halbherzige Konzept zu demontieren und die dafür vorgesehenen Mittel zu streichen. So forderte Roland Koch im Namen der westdeutschen Bundesländer die Streichung des Artikels 91a GG, welcher Bund und Länder verpflichtet, zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in wenig entwickelten und strukturschwachen Regionen finanziell beizutragen. Kann er sich damit durchsetzen, so hätte dies für die neuen Länder zur Konsequenz, »bei knapper Haushaltslage des Bundes in Zukunft kein Geld mehr zu bekommen«²⁴. Das läßt vermuten, daß es vor dem Hintergrund defizitärer Haushalte, verschärfter Sparauflagen und zunehmender Verteilungskämpfe zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie zwischen den Ländern selbst aller Voraussicht nach für Ostdeutschland in der nächsten Zeit zu harten Einschnitten und Mittelkürzungen bei fast allen finanziellen Zuwendungen kommen wird.

Hieran vermag auch der Solidarpaket II, welcher für die neuen Länder im Zeitraum 2005 bis 2019 degressive Finanzzuweisungen (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen) in Höhe von 105 Mrd. € (Korb 1) sowie zusätzliche 51,1 Mrd. € (Korb 2) als »Zielgröße« (das heißt, mit Haushaltsvorbehalt) für die Wirtschaftsförderung vorsieht, wenig zu ändern. Zum einen ist der Umfang dieser Mittel – gemessen am festgestellten Nachholbedarf – »kaum als ausreichend anzusehen«, um die »Infrastrukturücke« zu schließen.²⁵ Auch der absolute Betrag ist, berücksichtigt man die längere Laufzeit, verglichen mit dem des Solidarpakts I, geringer.²⁶ Künftig stehen den neuen Ländern also ohnehin deutlich *weniger* Mittel zur Verfügung als bisher. Zum anderen besteht die reale Gefahr, daß die Solidarpaketmittel zu einem nicht unwesentlichen Teil in den defizitären Haushalten der neuen Länder »versickern« und nicht für Investitionen verwendet werden.²⁷ Da ihre investive Verwendung für

23 Stefan Berg et al.: Trübsal in der Zwischenwelt, in: *Der Spiegel*, 39/2004, S. 45 f.

24 Westen will raus aus dem Solidarpaket, in: *Handelsblatt*, 30.9.2004, S. 1.

25 Joachim Ragnitz: »Solidarpaket II«: Die ostdeutschen Länder in der Verantwortung, in: *Wirtschaft im Wandel 10/2001*, Halle 2001, S. 248.

26 Im Rahmen des Solidarpakts I wurden neben den Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen und den Finanzhilfen gem. IfG auch noch andere Finanzzuweisungen an die neuen Länder und Berlin erfaßt, so daß der jährliche Leistungsumfang zwischen 21 und 28 Mrd. € schwankte. Der Gesamtumfang wird auf 262 Mrd. € veranschlagt (vgl. Ulrich Busch: *Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft*, Berlin 2002, S. 189 ff.).

27 Helmut Seitz weist darauf hin, daß die finanziellen Belastungen der neuen Länder, die aus der Erfüllung von Ansprüchen aus dem »Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz« (AAÜG) resultieren, schon heute mehr als ein Viertel der für den Aufbau Ost bestimmten Solidarpakettransfers ausmachen (Helmut Seitz: *Die Leistungen der neuen Länder im Rahmen des AAÜG – Bestimmungsgründe und Belastungsdynamik – Gutachten*, 2003, S. 13.)

28 Jahresbericht 2003, a. a. O., S. 21.

29 Vgl. Ulrich Busch, Anja Schneider: Viel Konsum, aber wenig Wachstum. Zu den Wirkungen der Transferzahlungen, in: UTOPIE kreativ 127 (2001), S. 416-426.

30 Karl Schiller: Der schwierige Weg in die offene Gesellschaft, Berlin 1994.

31 Vgl. Ulrich Busch: Mezzogiorno Ost! Na und?, in: Berliner Debatte INITIAL, 13 (2002) 5-6, S. 144-156.

32 Vgl. z. B. Hans-Werner Sinn, Frank Westermann: Two Mezzogiornos, in: CESifo Working Paper No. 378, München 2001 sowie Jan Prieue: Ostdeutschland 1990-2010 – Bilanz und Perspektive, in: AG Perspektiven für Ostdeutschland (Hg.): Ostdeutschland – eine abgehängte Region. Perspektiven und Alternativen, Dresden 2001, S. 16 ff.

33 Der eigentliche Mezzogiorno umfaßt die wirtschaftsschwachen, durch die historische Entwicklung und eine rückständige Wirtschaftsstruktur ökonomisch wie sozial hinter der Gesamtentwicklung des Landes zurückgebliebenen Regionen Süditaliens. Trotz staatlicher Transfers ist es in den zurückliegenden 150 Jahren nicht gelungen, den Abstand dieser Gebiete gegenüber dem fortschrittlicheren Norden spürbar zu verringern.

34 Geny Piotti: Akteure und Strategien regionaler Umstrukturierung in Süditalien, in: Berliner Debatte INITIAL 14 (2003) 6, S. 66.

die wirtschaftliche Entwicklung aber »entscheidend«²⁸ ist, käme dadurch das *gesamte* Aufbaukonzept ins Rutschen: Statt eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung und einen dynamischen Aufholprozeß zu generieren, sicherten die Finanzzuweisungen den neuen Ländern dann bestenfalls noch den Status quo. Das wirtschaftliche Programm des *Aufbau Ost* würde dadurch vollends zu einem Konzept der »passiven Sanierung« werden. Zum größten Teil ist es dies heute schon, wie die Verwendungsstruktur der Transferleistungen mit einem Konsumanteil von mehr als zwei Dritteln unschwer erkennen läßt.²⁹

Dabei gilt es zu beachten, daß der hohe Konsumanteil in erster Linie Sozialausgaben umfaßt, welche vor allem Ausdruck sind für die wirtschaftliche Misere im Osten. Die angespannte Finanzlage der ostdeutschen Länder und Kommunen sowie die Kürzung der Finanzzuweisungen insgesamt werden diesen Trend nicht umkehren, sondern zwangsläufig weiter verstärken. So wird der Umfang der nicht kürzbaren, da gesetzlich geregelten, Transfers weiter zunehmen und die öffentlichen Haushalte (Bund, Sozialversicherungen, West-Länder) belasten. Diese »permanente Alimentierung des Ostens« wird sich schließlich, wie Karl Schiller es vorhersagte, »in einer Deformation der Gesellschaft niederschlagen. Eine große subventionierte Reservearmee von Arbeitskräften im Wartestand jeglicher Art (aber) wäre das Gegenteil einer wirklichen Integration ... das Ganze wäre eine moderne, deutsche Variante des Mezzogiorno.«³⁰

Die neuen Bundesländer als der »Mezzogiorno Deutschlands« – ein Szenario, das Anfang der 90er Jahre noch als Horrorvision zurückgewiesen wurde, wird inzwischen von nicht wenigen Ökonomen durchaus als »realistisch« angesehen.³¹ In der Literatur spiegelt sich dies bereits heute entsprechend wider, indem der Topos Mezzogiorno nicht mehr nur als Menetekel verwendet wird, sondern immer häufiger auch zur anschaulichen Beschreibung der Wirklichkeit, der ostdeutschen Realität.³² Dabei wird dieser Begriff weniger in seiner geographischen und historischen Bestimmtheit³³ gesehen, sondern eher als Metapher für eine vergleichsweise schwach entwickelte Region. Er steht damit für Gebiete, Regionen oder Landesteile, die »durch wirtschaftliche Rückständigkeit im Vergleich zum restlichen Teil ihres Landes ... geprägt sind, und bei denen Fragen der ›Therapie‹ zur Reduzierung der Disparitäten und zur Schaffung einer selbsttragenden Entwicklung sowie die Rolle, die staatliche Intervention dabei spielt, diskutiert werden.«³⁴ In Europa gibt es zahlreiche, zumeist periphere Regionen, die als »europäische Mezzogiornos« klassifiziert wurden. Neben dem gemeinsamen Merkmal ihrer relativen Rückständigkeit weisen sie jeweils spezifische Züge und Charakteristika auf, die sie voneinander unterscheiden. Dabei schneidet Ostdeutschland bisher noch vergleichsweise günstig ab, denn es besitzt weder eine lange Tradition als entwicklungsschwacher Raum, noch ist es generell, in allen Territorien und Bereichen, als rückständig oder zurückgeblieben einzustufen.

Das Zurückbleiben Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland datiert frühestens seit 1945, als sich infolge von Demontagen, Reparationszahlungen und Abwanderung das Wirtschaftspotential im Osten verringerte, während es im Westen kräftig zunahm. Der DDR ist es dann bis 1989 nicht gelungen, diese in der Nachkriegszeit ent-

standene Potential- und Produktivitätslücke wieder zu schließen. Nach 1971 hat sie sich sogar noch vergrößert, ohne daß die DDR dadurch jedoch wirtschaftlich oder sozial auch nur in die Nähe eines der europäischen Mezzogiornos gelangt wäre.

Den entscheidenden Ausschlag für die heutige Situation hat der wirtschaftliche Absturz Ostdeutschlands infolge der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion 1990/1991 gegeben. Aber auch die Vorgehensweise der Treuhandanstalt zwischen 1991 und 1994 und die Transformations- und Integrationspolitik der Bundesregierung(en) bis heute sind hierfür verantwortlich.³⁵

1996 stand der Osten wirtschaftlich »auf der Kippe«³⁶, ohne daß die Regierung mit geeigneten Maßnahmen reagiert hätte. Inzwischen ist er in großen Teilen ökonomisch und sozial »gekippt«: Die Wirtschaft stagniert, die Beschäftigung sinkt, soziale Problemedrohen zu eskalieren. Ostdeutschland ist heute mehr denn je eine Transferökonomie und Transfergesellschaft, die »am Tropf« des Westens hängt. Die Politik hat es nicht vermocht, hier eine Wende herbeizuführen, für Optimismus und Aufbruchstimmung zu sorgen und mit ihren Finanzmitteln und Förderinstrumenten einen selbsttragenden Aufschwung zu generieren. Vielmehr beschränkt sie sich seit einiger Zeit neben der Förderung einzelner Projekte auf die »passive Sanierung« der ostdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft³⁷, so daß Unterbeschäftigung, Abwanderung, Überalterung, Lohndumping und Verarmung weiter Platz greifen. Dies aber sind typische Charakteristika für wirtschaftlich schwach entwickelte Regionen, für »Mezzogiornos«. Für die neuen Bundesländer trifft dies zu, sofern die regionale Differenzierung sich weiter ausprägt und die Räume außerhalb der Wachstumspole und Entwicklungszentren und der Entvölkerung und Verödung preisgegeben werden.

Tabelle 2:
Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozeß Ostdeutschlands (1991-2003)

	1991	1997	2003
BIP je Einwohner (Preisbasis 1995) ¹	49,4	67,1	66,4
BIP je Einwohner ² (nominal)	33,4	62,2	63,9
Ausrüstungsinvestitionen ²	62,0	108,0	89,0
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen) ¹	51,2	72,5	74,6
Arbeitnehmerentgelt je A. ²	49,3	76,1	77,4
Lohnstückkosten ² (Personenbasis)	141,1	111,8	106,8
Haushaltsnettoeinkommen ³	54,0	82,0	81,0
Arbeitszeit je Arbeitnehmer	99	110	109
Erwerbsbeteiligung ²	96,0	91,0	88,0
Arbeitslosenquote	207	197	233
Kapitalstock je Einwohner	38,0	66,0	71,0
Exportquote ²	52,0	44,0	60,0
Öff. Infrastruktur je Einwohner	50,0	64,0	78,0
Originäre Steuerkraft	15,0	36,0	33,0

1 NBL mit Berlin, ABL ohne Berlin;

2 NBL ohne Berlin, ABL mit Berlin;

3 SOEP.

Quelle: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004, S. 154; IWH: Wirtschaft im Wandel 6/2004, S. 174; IW: Positionen 10/2004, S. 26.

35 »Kein Politiker, egal welcher Partei, hat bisher ernsthaft versucht, den Aufholprozeß der ostdeutschen Wirtschaft zu beschleunigen ... Wenn nichts speziell zugunsten des Ostens geschehen sollte, so wird man im Jahre 2020 feststellen, weitere 15 Jahre nach der Vereinigung, daß es zwar auch im Osten vorangegangen ist, daß aber von Aufholen keine Rede sein kann.« (Helmut Schmidt, in: Die Zeit Nr. 36, 26.8.2004, S. 1).

36 Diese eingängige Beschreibung des Tatbestandes einer ökonomisch wie sozial schweren Krise stammt von Wolfgang Thierse: Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland, in: Die Zeit, Nr. 2 v. 3.1.2001.

37 Jan Prieue: Die Wirtschaft in Ostdeutschland und ihre Perspektiven – Bestandsaufnahme: Wo steht Ostdeutschland heute?, in: Wipo-Schnelldienst, hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, 7/2004, S. 6.

38 Klaus Steinitz: Wie offen ist die Zukunft Ostdeutschlands?, in: Sozialismus, 7/2004.

39 Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): ReformAlternativen: sozial – ökologisch – zivil, Berlin 2000; PDS Sachsen (Hg.): Alternatives Entwicklungskonzept für Sachsen (Aleksa), Dresden 2003 u. a.

40 Hans-Georg Draheim: Sieg der Reformen – auch ein Sieg der Reformvorschläge?, in: Sozialismus, 12/2003, S. 13.

41 Klaus von Dohnanyi, Edgar Most (Redaktion): Kurskorrektur des Aufbau Ost, Hamburg/Berlin 2004. Dieses Papier unterscheidet sich in einigen Punkten wesentlich von der vorläufigen Fassung vom 10.2.2004.

42 Klaus von Dohnanyi, Edgar Most, a. a. O., S. 2 f.

43 Ebenda, S. 3.

Zweifellos ist es richtig, im politischen Diskurs auch weiterhin darauf zu setzen, daß die Zukunft Ostdeutschlands – trotz möglicherweise bereits erfolgter Weichenstellung in Richtung Mezzogiorno – immer noch ein Stück weit »offen« ist, wie Klaus Steinitz³⁸ schreibt. Denn nur auf dieser Grundlage lassen sich Vorschläge für eine Kurskorrektur sowie strategische Alternativen sinnvoll diskutieren. Utopien und Zukunftsmodelle, für die es politisch keinerlei Chancen gibt, bringen hier jedoch wenig. Bestenfalls erweitern sie das Spektrum der Diskussion bzw. tragen sie, wie die Reform- und Zukunftskonzepte der PDS³⁹, mit dazu bei, auch linkssozialistische Denkansätze immer wieder in die Debatte einzubringen.

Die Bewältigung der mit einer wirklichen Kurskorrektur für Ostdeutschland verbundenen Aufgaben setzt jedoch »ein Niveau der ökonomischen Kompetenz und der politischen wie gesellschaftlichen Akzeptanz voraus, von dem die PDS (wie auch andere alternative Parteien, Vereine und Gruppen – U.B.) noch sehr weit entfernt ist«⁴⁰. Der einzige Entwurf, der heute vielleicht eine Chance besitzt, von der Politik auf Bundesebene aufgegriffen und zumindest vom Ansatz her verwirklicht zu werden, ist das Konzept einer »Kurskorrektur« des Gesprächskreises um Klaus von Dohnanyi und Edgar Most vom 28. Juni 2004.⁴¹

Eine Kurskorrektur beim Aufbau Ost als Lösung?

Ausgehend von der Feststellung, daß »Lage und Perspektive« Ostdeutschlands absolut »dramatisch« seien und mittelfristig für die neuen Länder die Gefahr bestehe, »in weiten Teilen endgültig abgehängt zu werden«, plädieren die Mitglieder des Gesprächskreises für ein radikales Umdenken bei der Aufbau-Politik. »Auf dem bisherigen Weg«, so ihre Begründung, sei »das Ziel einer selbsttragenden Wirtschaft im Osten offenbar nicht zu erreichen.« Was not tut, sei ein »Neuanfang«, eine radikale »Kurskorrektur beim Aufbau Ost«⁴². – Dies mahnt jedoch zur Vorsicht und genauen Prüfung der Vorschläge, denn nicht jeder Neuanfang verheißt automatisch etwas Gutes.

Die angestrebte Neuausrichtung des *Aufbau Ost* soll vor allem durch »eine Schwerpunktverlagerung von der Infrastruktur zum Aufbau von Wirtschaftsunternehmen« und einer sie stützenden Forschungslandschaft erfolgen, ferner durch eine Konzentration der Wirtschaftsförderung auf »Wachstumskerne« sowie den »Übergang von Anschubhilfen zu mehr längerfristig ertragsstützenden Maßnahmen«⁴³. Zur Umsetzung dieser Strategie wird eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen und -vorschlägen unterbreitet, deren Umsetzung jedoch nur gelingen wird, wenn Ostdeutschland wirtschaftspolitisch für eine bestimmte Zeit »einer besonderen Behandlung« unterworfen wird. Im Kern geht es dabei um mehr Entscheidungsfreiheit der neuen Länder zum Abbau von Bürokratie im Rahmen der Föderalismusreform, um die Deregulierung des Arbeitsmarktes, um einen staatlich geförderten Niedriglohnsektor und – nicht zuletzt – um Steuervergünstigungen für Unternehmen, die in Ostdeutschland ansässig sind. Für die Finanzierung ihrer Vorschläge fordern die Experten des Gesprächskreises im Unterschied zum Sachverständigenrat und zu einigen Wirtschaftsforschungsinstituten (ifo München,

DW Köln und RWI Essen) *keine* Kürzung der Finanztransfers, sondern eine Umschichtung und den effizienteren Einsatz der bis 2019 zugesagten Mittel. Sichergestellt werden müßte dazu jedoch, daß die Solidarpaktmittel tatsächlich fließen, der Haushaltvorbehalt also aufgehoben wird, und daß sie nicht, wie bisher, »zweckentfremdet«, also konsumtiv statt investiv, verwendet werden.⁴⁴

Klaus von Dohnanyi hält zu diesem Zweck die Schaffung einer *Sonderwirtschaftszone Ost* für »nötig«⁴⁵, auch wenn dieser Begriff in der Fassung des Berichts vom 28. Juni 2004 fehlt. Unterstützt wird er darin unter anderem von Helmut Schmidt, der für den Osten für »mindestens 15, besser für 25 Jahre« eine weitgehende Deregulierung (im Bau-, Planungs-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht) vorschlägt, ferner eine »deutlich spürbare Steuerpräferenz« sowie eine Konzentration der Wirtschaftsförderung auf regionale Schwerpunkte (Wachstumskerne).⁴⁶ Dem liegt die andernorts gemachte Erfahrung⁴⁷ zugrunde, daß für die Gewinnung externer Investoren und die Erreichung nachhaltigen Wachstums die steuerliche Förderung unter Umständen weit wirksamer sein kann als der Ausbau der Infrastruktur. Die Errichtung einer »Sonderwirtschaftszone Ost« würde sich jedoch nicht auf steuerliche Erleichterungen beschränken, sondern zudem weitreichende Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen in den Bereichen Bau, Planung, Umwelt und Arbeit umfassen, ferner eine verschärfte Sparstrategie und Privatisierungsoffensive im öffentlichen Sektor, die breite Einführung von Niedriglöhnen sowie eine spürbare Verlängerung der Arbeitszeit.

Berücksicht man, daß Ostdeutschland mit seinen im Vergleich zu Westdeutschland niedrigen Löhnen und Alterseinkünften, aber hohen Subventionen und zahlreichen Sonderregelungen de facto schon jetzt ein Sonderwirtschaftsgebiet ist, dies alles für den wirtschaftlichen Aufbau aber nur wenig gebracht hat, so liegt die Vermutung nahe, daß auch dieses Konzept die Probleme nicht lösen wird, sich durch seine Umsetzung aber die Gefahr vergrößern würde, daß Ostdeutschland vom westdeutschen Wohlfahrtsstaat endgültig abgekoppelt wird.⁴⁸ Zudem stützt sich die Forderung nach einer Sonderwirtschaftszone auf die »unrealistische Annahme«, man könne Deutschland heute noch »ökonomisch, steuerrechtlich oder EU-rechtlich problemlos zweiteilen. Wenn überhaupt«, glaubt Helmut Seitz, »wäre ein solches Szenarium nur unmittelbar nach dem Fall der Mauer möglich gewesen«⁴⁹. Das liegt inzwischen aber 15 Jahre zurück. – Offensichtlich hat es der Bundesregierung damals diesbezüglich an politischem Willen gefehlt, für den Osten ein Aufbaukonzept durchzusetzen, das diesen nicht nur als Absatzmarkt und Arbeitskrätereservoir »ausbeutet«, sondern zugleich als wettbewerbsfähigen und attraktiven Produktionsstandort entwickelt. Vorschläge dafür hat es genug gegeben.⁵⁰ Aber die politikbeherrschenden Interessen der westdeutschen Wirtschaft standen dem offensichtlich entgegen – damals wie heute –: Die Außenmärkte sind schon genug Konkurrenz, man brauche den »Tiger« nicht auch noch im eigenen Haus! Wen wundert es da, daß Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement die Errichtung einer Sonderwirtschaftszone im Osten inzwischen ausdrücklich ablehnt, obwohl dieses Konzept eine Reihe richtiger und erfolgversprechender Ansatzpunkte enthält,

44 Ebenda, S. 18 f. Gegenwärtig werden bis zu 7 % der Solidarpaktmittel anders als vorgesehen, also nicht verwendungskonform genutzt (Helmut Seitz: Thesenpapier, a. a. O., S. 20).

45 Klaus von Dohnanyi: Ein allgemeiner Aufbau-Pakt ist notwendig, in: Wirtschaftskurier, Mai 2004, S. 2.

46 Helmut Schmidt: Was der Osten wirklich braucht, in: Die Zeit, Nr. 36 v. 26.8.2004, S. 1.

47 Derzeit gibt es in über 80 Staaten Sonderwirtschaftszonen. Ihre Einrichtung diene überwiegend der Förderung der regionalen Entwicklung und war in den meisten Fällen ein wirtschaftlicher Erfolg (vgl. Klaus-Heiner Röhl: Sonderwirtschaftszonen als Instrument der Regionalentwicklung, Köln 2004).

48 Ulrich Busch: Löst die Probleme nicht: »Sonderwirtschaftszone Ost«, in: Disput 6/2004, S. 14 f.

49 Helmut Seitz: Zur zukünftigen Ausgestaltung des »Aufbau Ost«, in: Ifo Schnelldienst, 57 (2004) 10, S. 11.

50 Sonderwirtschaftszonen werden seit langem als »Instrument der Systemtransformation« wie auch als »Instrument einer gezielten Regionalentwicklung« diskutiert (vgl. Berthold Busch: Sonderwirtschaftszonen als Instrument der Systemtransformation, Köln 1992).

die es zumindest verdient hätten, öffentlich diskutiert zu werden. Dazu gehört zweifellos die Hervorhebung der Rolle der Industrie für Ostdeutschlands Zukunft.

Ohne eine leistungsstarke industrielle Basis wird es keine erfolgreiche Entwicklung im Osten geben, auch keine moderne Dienstleistungsgesellschaft, wie die bisherigen Erfahrungen belegen. Nun steht es auf diesem Gebiet gegenwärtig gar nicht so schlecht, besser jedenfalls als auf anderen Gebieten. Aber reicht dies bereits für einen Aufschwung? Das verarbeitende Gewerbe hat sich in den letzten Jahren in den neuen Ländern trotz anhaltender gesamtwirtschaftlicher Stagnation positiv entwickelt. Im Jahr 2003 lag die Zuwachsrate hier bei 4,3 % (unter Einschluß Berlins), ohne Berlin lag sie sogar bei 5,7 %. Für 2004 werden 6,2 % Wachstum erwartet.⁵¹ In den vergangenen zehn Jahren wuchs die ostdeutsche Industrie im Jahresdurchschnitt um 5,5%.⁵² Auf diese Weise vergrößerte sich ihr Wachstumsbeitrag kontinuierlich, so daß der Unternehmenssektor, trotz weiterhin rückläufiger Daten für das Baugewerbe und einem stagnierenden Dienstleistungssektor, seine Position als Wachstumsträger ausbauen konnte.

Ob die Industrie damit aber bereits auf Dauer einen »robusten Wachstumspfad« eingeschlagen hat und zum »Motor« der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geworden ist⁵³, bleibt abzuwarten. Allzu groß sind die strukturellen Defizite der ostdeutschen Wirtschaft. Auch die industrielle Basis ist hier nach wie vor sehr schmal.⁵⁴ So liegt der Beitrag des verarbeitenden Gewerbes in den neuen Ländern lediglich bei 16,1 % (2003), in den alten Ländern hingegen bei 23%.⁵⁵ Nur 15,4 % der Erwerbstätigen sind im Osten in der Industrie tätig, das sind 633 000 Personen. In der DDR waren es zuletzt 3,34 Millionen!⁵⁶

Seit Ende der 90er Jahre zeichnet sich im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands ein verändertes Grundmuster des Strukturwandels ab. Der bis dahin zu konstatierende Trend einer Regionalisierung der Produktion konnte aufgebrochen und von einer verstärkten Präsenz ostdeutscher Unternehmen auf überregionalen Märkten abgelöst werden. Dementsprechend vergrößerte sich das Gewicht leicht handelbarer Güter von 9,3 % (1996) und 12,8 % (2000) auf einen Wert, der nur noch wenig unter dem für Westdeutschland (16,8 %) liegt.⁵⁷ Dies spiegelt sich in einer Zunahme des Exportanteils und einem Anwachsen der Exportquote (2003: 25,1 %) wider, einer Entwicklung also, die unter den gegenwärtigen Bedingungen einer rückläufigen Binnennachfrage die Basis für mehr Wachstum bildet.

Hierin wird aber zugleich auch die Fragilität des Ganzen sichtbar: Verringert sich nämlich infolge einer konjunkturellen Abschwächung die Nachfrage aus dem Ausland bzw. aus Westdeutschland, so wäre die ostdeutsche Industrie davon sofort massiv betroffen. Eine breitere industrielle Basis, die sich auf organisch gewachsene Strukturen und Netzwerke und einen größeren Intra-Handel stützen könnte, wäre hier weit weniger anfällig.

Aber auch in struktureller Hinsicht zeigt die ostdeutsche Wirtschaft nach wie vor große Schwächen: So gibt es hier nicht nur eine schwach entwickelte Industrie, der Großbetriebe fehlen, ebenso Investitionen, Umsatz, Forschung, Innovationen und Beschäftigung.

51 IWH: Wirtschaft im Wandel 8/2004, S. 219.

52 Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004, a. a. O., S. 11.

53 Fortschrittsbericht 2002, a. a. O., S. 3.

54 Reinhold Kowalski: Dauerhafte Industrielücke in Ostdeutschland – Ergebnis neoliberaler Wirtschaftspolitik, in: Beiträge zur Wirtschaftspolitik, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS, 1/2004.

55 Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004, a. a. O., S. 12 und 157.

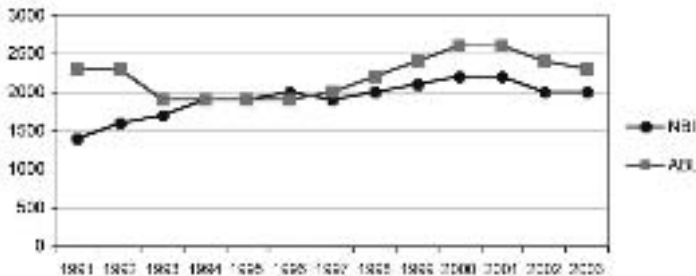
56 Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Berlin 1990, S. 125.

57 Fortschrittsbericht ... 2002, a. a. O., S. 96.

Wir haben es in Ostdeutschland auch mit einer durch politische und marktdiktierte Entscheidungen ad hoc geschaffenen, aber nicht organisch gewachsenen Industrie zu tun, die starke Züge einer Filial- und Dependenzökonomie trägt. Diese Situation macht sie in hohem Maße abhängig von den Verwertungs- und Expansionsinteressen der großen Konzerne, deren Hauptkapazitäten und Headquarters sich durchweg außerhalb der neuen Länder, in Westdeutschland oder im Ausland, befinden. Eine Re-Industrialisierung Ostdeutschlands erweist sich unter diesen Bedingungen als ausgesprochen schwierig, ist aber nichtsdestotrotz zu fordern. Dies setzt jedoch eine forcierte und staatlich geförderte Investitionstätigkeit voraus, insbesondere für neue Ausrüstungen und Anlagen. Davon ist jedoch praktisch wie konzeptionell nicht viel zu erkennen: Seit 1997 liegen die Investitionsausgaben in Ostdeutschland unter dem westdeutschen Vergleichswert, seit 2000 sind sie sogar absolut zurückgegangen (vgl. Grafik 1). Das heißt, auch hier, wo die Weichen für die Zukunft der ostdeutschen Wirtschaft gestellt werden, hat sich die relative Position der neuen Länder in den letzten Jahren nicht verbessert, sondern verschlechtert. Was darf davon ausgehend und bei einem sich weiter verringernden finanziellen Spielraum für die Zukunft erwartet werden?

Abb. 1:

Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlage je Einwohner (in €)



Quelle: Jahresbericht ... 2004, a. a. O., S. 173.

Hinzu kommt, daß sich die Lage Ostdeutschlands durch den Beitritt Polens und Tschechiens sowie weiterer mittel- und osteuropäischer Staaten zur Europäischen Union dramatisch verschärft hat. Sind die Chancen der EU-Osterweiterung für die deutsche Wirtschaft *insgesamt* deutlich größer als die Risiken, so stellt sich dies für Ostdeutschland umgekehrt dar. Hier überwiegen, insbesondere in den grenznahen Gebieten, ganz eindeutig die Risiken. Einklemmt zwischen den wirtschafts- und exportstarken Metropolregionen im Westen und den wachstumsdynamischen, expandierenden Volkswirtschaften mit niedrigen Löhnen, Steuern sowie Sozial- und Umweltstandards im Osten, wird sich Ostdeutschlands Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungsgewerbe nur schwer behaupten können. Die Gefahr, in dieser »Sandwich-Situation« wirtschaftlich zerquetscht zu werden, ist sehr real.

Fazit: Politisch durchsetzbare Alternativen werden gebraucht!

Was die Analyse vor allem zeigt, ist die Fragwürdigkeit *beider* Ansätze, des erneuerten Regierungsprogramms eines »integrierten Konzepts« für den *Aufbau Ost* ebenso wie des Vorschlags eines »Aufbau-Pakts«, wie ihn der Gesprächskreis um Klaus von Dohnanyi und Edgar Most unterbreitet hat. Weder die Fortschreibung des bisherigen Konzepts bei einer allmählichen Abschmelzung der Mittel noch der radikale Bruch mit dem bislang praktizierten Kurs durch die Schaffung einer Sonderwirtschaftszone führen Ostdeutschland auf den Weg einer selbsttragenden Entwicklung.

Der Regierungskurs nimmt immer mehr Formen einer »passiven Sanierung« an, welche die öffentlichen Haushalte belastet, aber selbst auf lange Sicht keine Gewähr dafür bietet, daß durch den Einsatz der Transfermittel ein wirtschaftlicher Aufschwung generiert wird. Auf diese Weise ist das Ziel einer selbsttragenden Entwicklung im Osten offenbar nicht zu erreichen.⁵⁸ Deshalb der Vorschlag einer radikalen »Kurskorrektur« durch den Gesprächskreis Dohnanyi/Most. Die Umsetzung dieses Vorschlages aber würde bedeuten, daß bereits erreichte Positionen im deutsch-deutschen Konvergenzprozeß im Interesse einer Beschleunigung des *Aufbau Ost* zunächst wieder aufgegeben werden müßten, wobei keineswegs sicher ist, ob sie jemals wieder erreicht werden. Als Sonderwirtschaftszone würde Ostdeutschland wirtschaftspolitisch einer »besonderen Behandlung« unterworfen sein. Dies setzt jedoch voraus, daß die neuen Länder zuvor Maßnahmen einer Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung unterzogen werden. Ostdeutschland würde auf diese Weise nicht nur ökonomisch, sondern – zumindest für eine bestimmte Zeit – auch rechtlich und im Lebensstandard mehr als heute vom Westen abgekoppelt werden, mit der vagen Option auf eine bessere Zukunft.

Hätten die Ostdeutschen eine Wahl zwischen beiden Entwürfen, so wäre dies eine Wahl zwischen Skylla und Charybdis. Unter den gegebenen Verhältnissen aber haben sie keine Wahl. Entschieden wird hier, wie bisher auch, nach Interessenlage, wobei aktuell eher die Wirtschaft als die Politik den Ton angibt. Insofern sind *alternative* Konzepte für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands mehr gefragt denn je, denn nur auf ihrer Grundlage wird die Kritik zu einer konstruktiven Kritik, die letztlich zu besseren Lösungen führt, als Politik und Wirtschaft sie gegenwärtig beithalten.

58 Klaus von Dohnanyi, Edgar Most: Kurskorrektur des Aufbau Ost, a. a. O., S. 2 f.